

## Bande nach Zürich vertrieben

Die Polizei in Stuttgart hat die kurdische Bande Sondame und ihre Widersacher vor Aufmärschen gewarnt. Das könnte zum Ausweichen nach Zürich geführt haben.

Andreas Schmid

Am 2. Mai sind mehrere Dutzend Mitglieder der kurdischen Strassengang Sondame durch die Zürcher Langstrasse gezogen. Das könnte damit zusammenhängen, dass die Gruppierung nach Aufmärschen in Stuttgart und im Raum Ludwigsburg von der Polizei eindringlich darauf hingewiesen wurde, dass in Baden-Württemberg keine Bandenkämpfe toleriert würden.

Über Facebook gab die Stuttgarter Polizei den Tarif bekannt: «Ob kurdische Gruppen oder selbsternannte Tribunen, ob Legionen oder «Kutten». Wer hier die Konfrontation sucht, ist auf dem Irrweg.» Eskalationen und Machtkämpfe würden nicht zugelassen. «Wir fordern hiermit alle auf, alles Zündeln und Provozieren sofort einzustellen», heisst es im Aufruf von Anfang April.

Seither habe es keine Vorfälle mehr gegeben, sagt ein Stuttgarter Polizeisprecher. «Ob das an der Warnung liegt, ist schwierig zu beurteilen. Es könnte aber gut sein.» Tatsache sei jedenfalls, dass rund die Hälfte der 37 in Zürich Kontrollierten aus der Sondame-Gruppe in Baden-Württemberg wohnhaft seien.

Marco Cortesi, der Medienchef der Stadtpolizei Zürich, bestätigt, dass 20 der überprüften Personen aus Deutschland angereist waren. Von der Facebook-Warnung der Stuttgarter Polizei habe man in Zürich Kenntnis gehabt. «Ob dieser Appell der Grund für ein Ausweichen nach Zürich gewesen ist, lässt sich nicht beurteilen.»

Die Gruppe Sondame - ihr Name heisst übersetzt «mein Blutschwur» - bezeichnet sich selber als multikulturelle Familie und Bruderschaft. Als Widersacher betrachtet die zumeist aus Kurden bestehende Gemeinschaft die United Tribuns, die vor allem aus dem Balkan stammende Mitglieder haben. Die Tribuns sind in Zürich aktiv. Sondame wirft ihnen vor, von Faschisten dominiert und als Zuhälter aktiv zu sein. «Hier gilt bei uns die Nulltoleranz», heisst es auf der Facebook-Seite. Mit Machenschaften wie Zwangsprostitution und Drogenhandel hätten sich die United Tribuns bei Sondame keine neuen Freunde geschaffen.



Nach dem Altersfreitod wird bei der Sterbehilfeorganisation Exit auch der Suizid durch Entzug von Essen und Trinken zum Thema.

## Exit berät das Sterbe-Fasten

Generalversammlung diskutiert Freitod durch Verzicht auf Nahrung

Der Sterbehilfeverein Exit soll Menschen unterstützen und beraten, die durch Fasten aus dem Leben scheiden wollen. Dies fordert ein Mitglied in einem Antrag.

Andreas Schmid

Die Generalversammlung des Sterbehilfevereins Exit vom 30. Mai in Zürich hat sich mit der Thematik des Sterbefastens auseinandergesetzt. In einem schriftlichen Antrag fordert ein Mitglied, dass der Vorstand am Jahrestreffen den Auftrag erhält, Kontakte zu Institutionen und Fachleuten aufzubauen, die Erfahrung mit dieser Methode aufweisen. Zudem sollen Menschen, die mit Sterbefasten den Freitod suchen, künftig von Exit beraten werden und ärztliche und palliativ-pflegerische Experten vermittelt erhalten. Der Antragsteller möchte auch, dass der Vorstand im Exit-Magazin Stellung zum Sterbefasten bezieht und Informationen dazu bereitstellt.

Die Methode ermögliche Sterbewilligen, autonom und ohne Medikament aus dem Leben zu

scheiden, begründet das Mitglied seine Absicht, wie aus den Unterlagen zur Generalversammlung hervorgeht. «Die Selbstbestimmung kann nicht durch den Entschleunigen eines Arztes beschnitten werden.» Das Sterbefasten helfe, die Zahl der «harten Suizide» zu vermindern, heisst es im Antrag. Vorbereitende Beratungsgespräche und Unterstützung beim Herstellen von Kontakten erforderten weder zusätzliche Kompetenzen noch mehr Personal bei Exit.

Dieser Ansicht widerspricht Bernhard Sutter, der Geschäftsführer des Vereins. Exit weise bereits heute auf die Möglichkeit des Sterbefastens hin und informiere darüber, aber schon aus personellen und zeitlichen Gründen könne die Organisation die Begleitung beim Sterbefasten nie als eigenständigen Zweig der Tätigkeit anbieten. «Diese Methode ist keine Kernkompetenz von Exit», hält Sutter fest. Es dauere bis vierzehn Tage und mehr, bis ein Sterbewilliger mit dem Verzicht auf Essen und Trinken den Tod finde, und in dieser Zeit sei eine ständige Begleitung unabdingbar. «Dafür fehlen uns die Ressourcen.» Grundsätzlich stehe Exit dem Sterbefasten jedoch offen gegenüber, denn die Methode gewähre einen hohen Grad an Selbstbestimmung und werde immer häufiger gewählt. «Das Sterbefasten erfordert aber auch enormes Fachwissen.» Dieses könne Exit heute nicht bieten, betont Sutter. Sein Verein könne im Einzelfall nur auf externe Fachleute verweisen, vor allem im Palliativ-Bereich. «Sollte die Generalversammlung den gestellten Antrag annehmen, wird der Verein aber die Schaffung der geforderten Angebote prüfen.

Bernhard Sutter



Der Exit-Geschäftsführer steht dem Sterbefasten positiv gegenüber, sieht es aber nicht als Kernkompetenz des Vereins.

Exit ist in der deutschen Schweiz in der Freitodbegleitung

tätig und hat über 85 000 Mitglieder. Bereits an der letztjährigen Generalversammlung hatte die Sterbehilfeorganisation breite Diskussionen in der Öffentlichkeit ausgelöst, weil die Mitglieder den sogenannten Altersfreitod in den Statuten verankerten. Darunter versteht Exit das Recht auf selbstbestimmtes Sterben von betagten oder hochbetagten Menschen. Eine Altersangabe definiert der Verein nicht.

Der Altersfreitod soll Betagten mit mehreren Leiden und dadurch beeinträchtigter Lebensqualität ermöglichen, Zugang zu einem tödlichen Medikament zu erhalten und Sterbebegleitung zu beanspruchen. Früher hatte Exit nur Suizidbeihilfe für schwer leidende Menschen oder solche mit hoffnungsloser Prognose geleistet. In einer Umfrage hatten die Mitglieder ein Engagement von Exit für den Altersfreitod dann grossmehrheitlich befürwortet.

Kritiker befürchten, dass Betagte vom Umfeld unter Druck gesetzt werden könnten, den Freitod zu wählen. Mit gründlichen Abklärungen will Exit dieser Gefahr entgegenzutreten.

## In Kürze

### Demo gegen Ausschaffungen

Mehrere hundert Personen haben gestern Samstag in Lausanne gegen Ausschaffungen abgewiesener Asylsuchender nach Italien demonstriert. Die Kundgebungsteilnehmer forderten, dass die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnehme. Sie schaffe massenweise Menschen nach Italien zurück, obwohl dort täglich Hunderte von Flüchtlingen nach einer gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer landeten. An der Demonstration nahm auch der grüne Waadtländer Ständerat Luc Recordon teil. (sda)

### Bombendrohungen im Aargau

Bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen von Baden, Wettingen, Neuenhof und Spreitenbach im Kanton Aargau sind am Freitagnachmittag Bombendrohungen eingegangen. Die Verwaltungen wurden evakuiert, wie die Kantonspolizei gestern Samstag bekanntgab. Bei den anschliessenden Durchsuchungen wurden allerdings keine verdächtigen Gegenstände gefunden. Auch sei kein Motiv erkennbar. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet. (sda)

### Bei Selbstunfall schwer verletzt

Bei einem Selbstunfall eines 22-jährigen Autofahrers ist der 20-jährige Beifahrer am Freitagabend in Bettwies (TG) schwer verletzt worden. Der Fahrer blieb unverletzt, das Auto wurde total beschädigt. Der Polizei erzählte der Lenker, sein Auto sei plötzlich nach rechts ausgebrochen. Weil bei ihm ein Betäubungsmittel-Schnelltest positiv ausfiel, wurde eine Blut- und Urinprobe durchgeführt. (sda)

### Auto nach Kollision in Brand

Ein Auto ist am frühen Freitagabend in Schindellegi (SZ) frontal gegen zwei entgegenkommende Wagen geprallt. Dabei wurden die drei Fahrer verletzt, einer davon schwer. Der Wagen des 49-jährigen Unfallverursachers fing Feuer und brannte aus. Die Strasse zwischen Schindellegi und Pfäffikon war während drei Stunden gesperrt, wie die Kantonspolizei Schwyz mitteilte. (sda)

## Starker Anstieg bei Tierschutz-Fällen

Die Zahl der Verurteilungen hat 2014 um gut 14 Prozent zugenommen. Die Hälfte der Fälle betraf Hundehalter.

Daniel Friedli

Die Zahl der Strafverfahren wegen Tierschutzvergehen hat einen neuen Höchststand erreicht. Im vergangenen Jahr wurden schweizweit 1679 Verfahren eröffnet, 1497 davon endeten mit einer Verurteilung. Die Zahl der Urteile lag damit um rund 14 Prozent höher als im Vorjahr, wie aus der Statistik des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hervorgeht. Das Gros der Fälle wurde mit Bussen erledigt, es kam aber auch zu 8 Freiheitsstrafen.

Knapp zwei Drittel der Fälle geschahen im Bereich der Heimtie-

re, wobei die Hunde am stärksten betroffen waren. In 640 Fällen wurden Hundehalter wegen Misshandlung, Vernachlässigung, Aussetzen oder anderer Tierschutzverletzungen angezeigt. Dazu kamen 144 Fälle, in denen der Halter nicht genügend Vorkehrungen traf, um Mensch und andere Tiere vor seinem Hund zu schützen. Diese Pflicht wurde vor einigen Jahren im Zuge der Kampfhunde-Debatte eingeführt.

Bei den Nutztieren war die Zahl mit 555 Fällen geringer, mehr als die Hälfte davon betraf Rinder. Erstmals ergingen zudem Urteile wegen Widerhandlungen im Handel mit Tieren und Tierprodukten.



Gezählt wurden 12 Fälle, sie betrafen hauptsächlich die Einfuhr von couperten Hunden sowie den Kauf oder Verkauf von Katzenfellen.

Die Stiftung für das Tier im Recht sieht hinter den Zahlen eine positive Entwicklung. Sie wertet die steigende Zahl der Verfahren nicht als Hinweis für eine Verschlechterung der Tierhaltung, sondern als Zeichen dafür, dass die Behörden das Problem ernst nehmen und aktiver gegen Missetäter vorgehen. Trotzdem sei beim Tierschutz in der Schweiz aber noch vieles im Argen, gerade bei den Heimtieren, sagt die stell-

vertretende Geschäftsführerin Vanessa Gerritsen. Was in Haushalten geschehe, sei mitunter schockierend. «Und je kleiner ein Tier ist, desto eher sieht man über Verstösse hinweg. Wir gehen davon aus, dass die Dunkelziffer hoch ist.»

Gerritsen appelliert darum an die Bevölkerung, bei beobachteten Missständen nicht untätig zu bleiben, sondern diese zu melden. Und sie fordert, dass auch die Polizei speziell in Tierschutzfragen geschult wird. Schliesslich müssten sich aber auch die Tierhalter noch bewusster werden, dass Tierhaltung eine grosse Verantwortung mit sich bringe. Noch zu häufig würden Rinder ohne genügend Auslauf gehalten, Hunde bei Hitze im Auto zurückgelassen oder Fische das WC hinuntergespült.

ANZEIGE